

# e21.magazin

für die Köpfe der Energiewende

Nr.6 : November 2015 : [www.e21.info](http://www.e21.info)  
ener|gate Verlag

e21.thema

## Erneuerbare in Europa: Wie wachsen die Märkte zusammen?



Foto: deepblue4you / Fotolia.com

ISSN 1869-3997

Sonderteil zum  
dena-Energieeffizienzkongress 2015  
**e21.kontroverse**

Die Zuwanderung hunderttausender Menschen aus Kriegs- und Krisenregionen beschert Deutschland einen unerwarteten Bevölkerungsanstieg und eine schlagartig erhöhte Nachfrage nach Wohnraum. Immobilienverbände fordern daher, Bauvorschriften wie die Energieeinsparverordnung zu lockern, um so den Bau neuer Wohnungen zu erleichtern. Vertreter der Energieeffizienzbranche lehnen das aber ab. Das e21.magazin fragte daher:

„SOLLTE DEUTSCHLAND ANGESICHTS DES DRINGENDEN BEDARFS NEUER WOHNUNGEN FÜR FLÜCHTLINGE DIE GELTENDEN ENERGIEEFFIZIENZSTANDARDS VORÜBERGEHEND AUSSETZEN?“

## PRO: ENEV 2014 AUSSETZEN – NEUBAU ANKURBELN.

VON AXEL GEDASCHKO – PRÄSIDENT, GDW BUNDESVERBAND DEUTSCHER WOHNUNGS- UND IMMOBILIENUNTERNEHMEN

Die Frage kann ich mit einem klaren „Ja“ und „Nein“ beantworten. „Ja“, denn wir fordern, die zweite Stufe der EnEV 2014 auszusetzen, die eine weitere Verschärfung der Anforderungen um 25 % bedeutet. „Nein“, weil wir eine generelle Aussetzung energetischer Standards nicht für zielführend halten. Das an sich schon bestehende Ungleichgewicht am Wohnungsmarkt ist durch den Zustrom von Menschen, die vor Krieg und Not flüchten, dramatisch verschärft worden und verstärkt die Notwendigkeit einer Neubauoffensive. Der GdW, Verbände der Wohnungs- und Bauwirtschaft, der Deutsche Mieterbund und viele branchennahe Praktiker appellieren seit langem an Bund, Länder und Kommunen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass bezahlbares Wohnen und Bauen wieder möglich wird.

Die im GdW vertretenen Unternehmen stellen sich der Herausforderung, eine große Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern menschenwürdig und integrationsfördernd unterzubringen. Ohne eine deutliche Steigerung der Neubauzahlen ist dies aber sozialverträglich und ohne die Benachteiligung von anderen Bedürftigen nicht zu leisten. Zu unseren wiederholt vorgetragenen Forderungen gehört ein Innehalten bei der Verschärfung von Standards. Die zweite Stufe der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2014 wäre die nächste baukostensteigernde Verschärfung einer Norm. Es liegt daher nahe, deren Inkrafttreten zum 01.01.2016 zu überdenken. Damit würden an keiner Stelle energetische Standards gesenkt, sondern lediglich eine sinnvolle Atempause eingelegt, die zur Überprüfung bestehender gesetzlicher Regelungen und Förderbestimmungen, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen und von der Baukostensenkungskommis-

sion empfohlen, genutzt werden kann. Zum Beispiel wenn es um die Neuauflage der EnEV nach 2020 geht.

Der Primärenergiebezug in der EnEV ist unter anderem gewählt worden, um die Kernenergie auf Grund der fehlenden CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht zu überteuern. Mit dem beschlossenen Ausstieg bis 2022 ist dieser Grund obsolet und es kann sich auf den ursprünglich favorisierten CO<sub>2</sub>-Kennwert bezogen werden. Eine konsequente Ausrichtung am CO<sub>2</sub>-Senkungsziel, als neue Basis, lässt quartiersbezogene Projekte besser und nachhaltiger realisieren. Wir unterstützen die Klimaschutzziele des Bundes uneingeschränkt. Dennoch haben sich Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft in sorgfältiger Abwägung von Pro- und Kontra-Argumenten mit der Forderung nach Aussetzung der EnEV Stufe 2016 an die Politik gewandt. Bezieher niedriger Einkommen und solche Personengruppen, die mit ihnen um bezahlbaren Wohnraum konkurrieren, wie Asylbewerber und Studenten, profitieren auch im Fall eines Moratoriums nach wie vor von dem im Vergleich zum Weltmaßstab hervorragenden Baustandard und Wohnkomfort in Deutschland. ✦

### Kontakt

✦ Axel Gedaschko  
Präsident  
Bundesverbandes deutscher  
Wohnungs- und Immobilienunter-  
nehmen [GdW]  
web.gdw.de





Die Zuwanderung hunderttausender Menschen aus Kriegs- und Krisenregionen beschert Deutschland einen unerwarteten Bevölkerungsanstieg und eine schlagartig erhöhte Nachfrage nach Wohnraum. Immobilienverbände fordern daher, Bauvorschriften wie die Energieeinsparverordnung zu lockern, um so den Bau neuer Wohnungen zu erleichtern. Vertreter der Energieeffizienzbranche lehnen das aber ab. Das e21.magazin fragte daher:

„SOLLTE DEUTSCHLAND ANGESICHTS DES DRINGENDEN BEDARFS NEUER WOHNUNGEN FÜR FLÜCHTLINGE DIE GELTENDEN ENERGIEEFFIZIENZSTANDARDS VORÜBERGEHEND AUSSETZEN?“

## KONTRA: BEZAHLBARER WOHNRAUM UND EFFIZIENZ SCHLIESSEN SICH NICHT AUS

VON ANDREAS KUHLMANN – VORSITZENDER DER GESCHÄFTSFÜHRUNG, DEUTSCHE ENERGIEAGENTUR (DENA)

Städte und Ballungsräume in Deutschland verzeichnen seit einigen Jahren bereits einen starken Zuzug, der aller Voraussicht nach weiter anhalten wird. Und natürlich müssen wir jetzt zudem davon ausgehen, dass ein Teil der akut in Deutschland Schutz und Sicherheit suchenden Menschen auch für längere Zeit hier bleiben wird. Vor diesem Hintergrund brauchen wir dringend neue städtische Wohnungen. Es ist gut, dass die Bundesregierung hier nun die Initiative ergriffen hat. Bezahlbarer Wohnraum und ein sehr geringer Energiebedarf schließen sich dabei nicht aus. Im Gegenteil.

Die Neubauten, die wir heute und in den kommenden Jahren errichten, setzen für Jahrzehnte energetische Standards. Vielleicht würden etwas geringere energetische Standards die Baukosten um wenige Prozent senken. Die Rechnung in Form von höheren Heizkosten müssten aber die Mieter zahlen – und das jahrzehntelang. Die Energiepreise werden sicher nicht so niedrig bleiben wie zurzeit. Daher würde ein Aussetzen der für 2016 vorgesehenen Weiterentwicklung der Energieeinsparverordnung (EnEV) nicht nur das klimapolitische Ziel der Bundesregierung in Frage stellen, sondern auch das Anliegen, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, konterkarieren.

Deshalb unterstützen wir unbedingt die Position der Bundesregierung, an der mit Augenmaß beschlossenen Verschärfung der EnEV zu Beginn des nächsten Jahres nichts zu ändern. Um Wohnungen mit preiswerten Mieten zu erhalten, sollte der Staat auf Förderinstrumente für den sozialen Wohnungsbau setzen. Wenn wir unser langfristiges Klimaschutzziel eines „nahezu klimaneutralen Gebäudebereichs im Jahr 2050“ ernst nehmen,

müssen wir bereits jetzt alle neuen Gebäude hocheffizient bauen. Ausnahmesituationen wie die derzeitige Flüchtlingskrise sind kein schlüssiges Argument, den langfristig angelegten klimafreundlichen Umbau unseres Gebäudebestands in Frage zu stellen.

Um für die Bewältigung der akuten Flüchtlingssituation ausreichend Handlungsspielraum zu haben, hat die Bundesregierung unter anderem zeitlich befristete Ausnahmeregelungen für Flüchtlings- und Gemeinschaftsunterkünfte beschlossen. Das ist vernünftig. Wir können den Schutz suchenden Menschen am besten helfen, wenn wir flexibel und ohne bürokratische Hürden handeln. Beim jetzt für eine jahrzehntelange Nutzung ausgelegten Wohnungsneubau hingegen dürfen wir im Interesse der späteren Bewohner – egal ob Bundesbürger oder Flüchtlinge, die irgendwann ja auch Mitbürger sein werden – keine Abstriche an der Energieeffizienz machen. ✦

### Kontakt

•••••  
✦ Andreas Kuhlmann  
Vorsitzender der Geschäftsführung  
Deutsche Energieagentur [Dena],  
Berlin  
[www.dena.de](http://www.dena.de)



# e21.magazin

für die köpfe der energiewende

energate gmbh

Norbertstraße 5  
D-45131 Essen

Tel.: +49 (0) 201.1022.500

Fax: +49 (0) 201.1022.555

[www.energate.de](http://www.energate.de)

[www.e21.info](http://www.e21.info)

Bestellen Sie jetzt Ihre persönliche Ausgabe!

[www.e21.info/magazin/bestellen](http://www.e21.info/magazin/bestellen)



ener|gate

| con|energy gruppe